

93.3327

**Motion (Wyss Paul)-Cornaz**  
**Lockerung des Netzmonopols**  
**der PTT-Betriebe**  
**PTT. Assouplissement**  
**du monopole de réseau**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Jahrgang 1993, Seite 1963 – Voir année 1993, page 1963

**Le président:** Le Conseil fédéral propose la transformation de la motion en postulat. Le motionnaire est d'accord. M. Eggenberger combat aussi le postulat.

**Eggenberger** Georges (S, BE): Ich beantrage Ihnen, die Motion Wyss Paul auch als Postulat abzulehnen. Meine Stellungnahme zu diesem Geschäft gilt grundsätzlich auch als Stellungnahme zur Motion der freisinnigen Fraktion betreffend Deregulierung im Fernmeldewesen (93.3144), die ja grundsätzlich den gleichen Problembereich betrifft. Ich werde dann nicht nochmals sprechen.

Richtigerweise beantragt der Bundesrat, die Motion abzulehnen. Der Bundesrat ist aber nicht konsequent, wenn er die Motion als Postulat entgegennehmen will. Was mit einem Teil der Motion gefordert wird, nämlich bestehende Netzinfrastrukturen Dritter zu nutzen, ist bereits mit dem jetzigen Fernmeldegesetz möglich. Es werden denn auch Verhandlungen mit den SBB und den Elektrizitätswerken geführt. Hingegen ist der Vorschlag, die PTT zu verpflichten, bestehende Infrastrukturen von Dritten im Bereich der Grunddienste zu nutzen, eine Zumutung und erstaunt, weil er ausgerechnet aus der Ecke der sogenannten Vertreter der freien Wirtschaft kommt. Da könnten also Private Netze bauen, und die PTT-Betriebe wären dann verpflichtet, diese zu nutzen. Jeder private Unternehmer würde sich für eine solche Zumutung bedanken.

Wenn die technische Entwicklung zweckmässig genutzt werden soll, ist es jedoch notwendig, dass die PTT-Betriebe Fernseh- und Rundfunkteilnetze selber betreiben oder sich an solchen beteiligen können.

Der Motionär ging mit seinem Vorstoss vom 17. Juni 1993 von der falschen Voraussetzung aus, die EU habe bereits beschlossen, die Netze ab 1998 zu liberalisieren. Damals war lediglich die Liberalisierung der Gespräche vorgesehen. Erst kürzlich hat die EU-Kommission vorgeschlagen, auf den 1. Januar 1998 auch die Netze zu liberalisieren. Allerdings ist für verschiedene Länder eine fünfjährige Übergangszeit, d. h. bis zum Jahre 2003, vorgesehen. Die Anträge der Kommission brauchen jedoch noch die Zustimmung von Ministerrat und Parlament; da kann noch einiges passieren, da verschiedene Staaten gegen eine Freigabe der Netze sind.

Was würde denn eine Liberalisierung für die Schweiz bedeuten? Allein die Freigabe der Gespräche würde nach Schätzungen einen Einnahmefall für die PTT von rund 300 Millionen Franken bringen und die Freigabe der Netze einen solchen von weiteren 700 Millionen – das heisst total über 1 Milliarde Franken –, da vor allem Grosskunden von privaten Netzen profitieren würden. Einmal mehr würde Rosinenpickerei zulasten der Kleinkunden und der Land- und Bergregionen betrieben.

Die einzige richtige Lösung für unser kleines Land ist, wenn es nur einen Netzbetreiber gibt, nämlich die PTT-Betriebe. Ein Monopol in privater Hand wäre ein schlechter Zustand und die schlechteste Lösung. Es gibt zwar Länder, die eine völlige Liberalisierung der Telecom befürworten, diese Länder haben aber zum Teil völlig andere Voraussetzungen. Ich nehme zum Vergleich die Niederlande: Die Schweiz und die Niederlande sind mit 41 000 Quadratkilometern ungefähr gleich gross. Die Niederlande haben aber eine doppelt so grosse Bevölkerung.

Trotz doppelt so vielen Einwohnern investierten die Holländer 1991 – ich habe keine neueren Zahlen zur Verfügung – lediglich 1,3 Milliarden Ecu für den Telecom-Bereich, während die Schweiz vor allem wegen ihrer Topographie viel mehr, d. h. 1,7 Milliarden Ecu, investieren musste.

Die Telecom Schweiz gehört im technischen Bereich zur Weltspitze und in bezug auf die Steuern und Gebühren nach wie vor zu den günstigsten Ländern der Welt. Bezeichnend für die Telecom Schweiz ist die Tatsache, dass sie im Gegensatz zu einzelnen Ländern, in denen die Telecom privatisiert ist, gute Dienstleistungen flächendeckend anbietet.

Mit der Motion wird dies in Frage gestellt. Der Motionär hat zwar das Problem erkannt, indem er vorschlägt, dass Dritte eine Gebühr zu entrichten haben, die die PTT für interne Subventionen von Benutzergruppen mit hohen Kosten, insbesondere Berggebiete, einzusetzen haben. Dieser Vorschlag sieht auf dem Papier sehr gut aus, ist praktisch aber nicht oder nur schwer durchsetzbar und wird die Zusatzkosten der PTT für Land- und Bergregionen kaum decken, ausser die PTT bauen Dienstleistungen in Randregionen ab. Eine solche Politik würde das Schweizervolk nach meiner Meinung wohl kaum goutieren. Ich habe deshalb wenig Verständnis, wenn Vertreter von Land- und Bergregionen solche Vorstösse unterstützen. Ich denke aber, ihre Wähler werden ihnen dann irgendwann einmal die Rechnung dafür präsentieren.

Noch ein paar Bemerkungen zur Liberalisierung im Telecom-Bereich: Obwohl die Schweiz weder der EU noch dem EWR angehört, hat sie in den letzten Jahren gleich viel oder mehr liberalisiert als manches EU- oder EWR-Land. In gewissen Ländern unterlaufen die Telecom-Unternehmen mit Unterstützung der Regierung Richtlinien der EU im Interesse ihres Landes. Im Gegensatz dazu werden in der Schweiz Gesetze und Verträge unverzüglich umgesetzt, auch wenn für unser Land dadurch ein Schaden entsteht.

Wer weiterhin für das ganze Land, d. h. auch für Land- und Bergregionen, gute Dienstleistungen der Telecom zu möglichst niedrigen Tarifen nach den gleichen Grundsätzen beibehalten will, wie sie in der Verfassung verankert sind; wer nicht will, dass nur noch Grosskunden und Kunden in Städten und deren Agglomerationen vom technischen Fortschritt profitieren können; wer nicht will, dass die Telecom Schweiz unverschuldet zum Defizitbetrieb à la SBB und Post wird – ich meine damit den Postbereich innerhalb der PTT –, der muss den Vorstoss nicht nur in der Form der Motion, sondern auch als Postulat ablehnen.

**Cornaz** Stefan (R, BS): Ich habe diese Motion von meinem Vorgänger «geerbt», was mir die Gelegenheit gibt, erstmals Ihre gespannte Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen.

Die Situation ist ja so, dass wir heute neben den PTT-Netzen noch andere Telekommunikationsnetze haben. Herr Eggenberger nannte eine Reihe davon: Die SBB und die Elektrizitätswerke haben eigene Telekommunikationsnetze, es gibt Kabelnetze in den Gemeinden, für die Nationalstrassen haben wir eigene Telekommunikationsnetze. Wir haben eine ganze Reihe von unabhängigen Netzsystemen, die nebeneinander existieren.

Die Träger all dieser Netze wollen dieselben gegenwärtig erneuern; es wird investiert, modernisiert, was zu Doppelspurigkeiten führt. Es ist doch nur sinnvoll und wirtschaftlich vernünftig, wenn diese Doppelspurigkeiten beseitigt und Kooperationen geprüft werden.

Wenn Herr Eggenberger sagt, die PTT würden bei diesen Liberalisierungen Geld verlieren, muss dem schon etwas entgegengesetzt werden. Sie wissen, Herr Eggenberger, dass heute über 80 Prozent des PTT-Gewinnes aus dem internationalen Telefonverkehr kommen. Sie wissen auch, dass genau dieser internationale Telefonverkehr heute gefährdet ist, weil so und so viele international tätige Konzerne in der Schweiz wegen der Liberalisierung in anderen Ländern ihre Telefonverbindungen und ihren Datenverkehr über ausländische Gesellschaften abwickeln, z. B. die «British Telecom». Wenn die PTT respektive der Gesetzgeber nichts unternehmen, um die PTT von diesen Fesseln zu befreien, dann verlieren die PTT Geld. Wenn wir also die Gewinne der PTT retten wollen, müssen wir

jetzt bei der Liberalisierung mitmachen, sonst gehen den PTT diese grossen Gewinnanteile aus dem internationalen Verkehr verloren. Nicht mit der Liberalisierung verlieren die PTT Geld, sondern ohne Liberalisierung. Die PTT leiden heute unter der Fessel, die ihr die Politik auferlegt hat.

Der Bundesrat schreibt in seiner Stellungnahme zur Motion, die Überprüfung des Fernmeldegesetzes in der durch die Motion angegebenen Richtung sei im Gang. Dass bei dieser Überprüfung auch die Neuregelung des Netzmonopols überprüft werden muss, liegt wohl auf der Hand; besonders angesichts der Tatsache, dass bis 1998 die Netze in der EU liberalisiert werden. Die PTT müssen dann mitziehen, wollen sie nicht vollends zur Hochpreisinsel werden und ihrer Bevölkerung keine vernünftige Infrastruktur mehr anbieten können.

Deshalb bitte ich Sie, der Umwandlung der Motion in ein Postulat zuzustimmen und dieses Postulat zu überweisen – im Interesse der Handlungsfähigkeit der PTT und im Interesse einer wirtschaftlichen und flächendeckenden Versorgung mit Fernmeldeinfrastruktur.

**Ogi Adolf**, Bundesrat: Ich weiss nicht, ob Herr Eggenberger die Angelegenheit in aller Konsequenz durchgedacht hat. Wenn ich gut zugehört habe, muss ich antworten, dass wir nur im Rahmen der Entgegennahme der Motion als Postulat den Bedenken von Herrn Eggenberger auf den Grund gehen, die Angelegenheit in Detail prüfen können. Bei dieser Prüfung wird es darum gehen zu ventilieren, wie die PTT und Private die bestehenden Netze am besten nutzen können. Von Herrn Cornaz wurde zu recht gesagt, dass es Netze gibt, die den PTT und solche, die Dritten gehören. Man will die PTT zu nichts verpflichten, sondern man will prüfen, wie die Netze besser genutzt werden können.

Was Sie vor einer guten halben Stunde bei der Behandlung der Motion der CVP-Fraktion beschlossen haben – diese Motion wurde ebenfalls als Postulat überwiesen –, bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen: Es ist eine ähnliche Stossrichtung. Die CVP-Fraktion will ein neues PTT-Organisationsgesetz, mit der Motion (Wyss Paul-)Cornaz wird die Lockerung des Netzmonopols der PTT-Betriebe angestrebt.

Nachdem die EU-Minister beschlossen haben, auf Anfang 1998 die Telekommunikation zu liberalisieren – das Sprach- und Netzmonopol wird damit aufgehoben –, müssen wir im Interesse einer guten Weiterentwicklung alle diese Fragen prüfen können.

Ich bitte Sie, dem Bundesrat zu folgen und den Vorstoss als Postulat zu überweisen. Die Mitte ist das richtige: Herr Wyss Paul hat eine Motion eingereicht und Herr Eggenberger möchte den Vorstoss weder als Motion noch als Postulat überweisen.

Der Bundesrat beantragt Ihnen, die Motion (Wyss Paul-)Cornaz als Postulat zu überweisen.

**Eggenberger Georges** (S, BE): Aufgrund der Ausführungen von Herrn Bundesrat Ogi ziehe ich meinen Antrag zurück, das Postulat ebenfalls abzulehnen. Ich bin einverstanden, dass der Vorstoss als Postulat überwiesen wird.

*Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat*

93.3421

**Interpellation Gonseth  
Dradtlose Telefonnetze.  
Auswirkungen für Hörbehinderte  
Réseaux de téléphones sans fil.  
Effets sur les malentendants**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Jahrgang 1993, Seite 2575 – Voir année 1993, page 2575

**Le président:** M<sup>me</sup> Gonseth renonce à prendre la parole. L'interpellation est ainsi liquidée.

93.3425

**Interpellation Grossenbacher  
Stellenabbau  
bei den Telefonistinnen der PTT  
Téléphonistes des PTT.  
Suppression d'emplois**

*Diskussion – Discussion*

Siehe Jahrgang 1993, Seite 2577 – Voir année 1993, page 2577

**Grossenbacher Ruth** (C, SO): In Ihrer Stellungnahme, Herr Bundesrat, erwähnen Sie, dass im Auskunftsdienst der Nummer 111 die sehr grosse Personalfuktuation zu Ende sei und deshalb praktisch kein Lehrpersonal mehr benötigt werde. Ist das Ihre langfristige Strategie im Personalbereich? Sollte nicht vielmehr die Telecom als Bundesinstanz in Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit und des Lehrstellenabbaus Verantwortung übernehmen und alles daransetzen, um Lehrstellen anzubieten, statt kurzfristige Einsparungen zu machen?

**Ogi Adolf**, Bundesrat: Es ist selbstverständlich nicht meine langfristige Personalstrategie, sondern die Konsequenz des neuen Fernmeldegesetzes, und es ist dadurch bedingt, dass im Rahmen dieses neuen Fernmeldegesetzes der Auskunftsdienst zu den Wettbewerbsdiensten gezählt wurde. Die PTT haben deshalb den heute unrentablen Dienst kostendeckend zu gestalten. Auch das ist wiederum etwas, was Sie immer wieder – bei jeder Rechnung, bei jedem Budget – von uns, und damit von den PTT, verlangen. Dank verschiedenen Massnahmen konnte die Produktivität des Dienstes bereits verbessert werden. Dazu kommt ein rezessionsbedingter Nachfragerückgang.

Beim Auskunftsdienst, Frau Grossenbacher, konnten somit tatsächlich Stellen abgebaut werden, indem Abgänge – das ist wichtig – nicht mehr ersetzt wurden. Entlassungen wurden keine vorgenommen und sind grundsätzlich auch nicht vorgesehen.

Die PTT haben indessen zur Förderung des vorzeitigen Altersrücktritts Anfang dieses Jahres die Aktion «Solidarität» durchgeführt. Wir haben heute schon darüber gesprochen. Es war eine Aktion, die – so glaube ich – als sehr positiv bewertet werden kann. Auf alle Fälle war ihr Erfolg beschieden. Ich möchte Ihnen die Zahlen geben: Von 3451 Berechtigten machten 2932, also 85 Prozent, vom Angebot Gebrauch und traten frühzeitig in den Ruhestand. Ungefähr die Hälfte der frei werdenden Stellen sollen, Frau Grossenbacher, mit jüngeren Nachwuchsleuten wieder besetzt werden. Damit wollen die

## **Motion (Wyss Paul-)Cornaz Lockerung des Netzmonopols der PTT-Betriebe**

## **Motion (Wyss Paul-) Cornaz PTT. Assouplissement du monopole de réseau**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3327
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	05.12.1994 - 14:30
Date	
Data	
Seite	2143-2144
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 852

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.